

Dienst am Gewissen

Ulrich Finckh hat sich lange für Kriegsdienstverweigerer eingesetzt / Heute wird er im Rathaus geehrt

Ulrich Finckh hat sich jahrzehntelang für Kriegsdienstverweigerer eingesetzt, in Bremen und in der gesamten Republik. Nun hört er als Vorstand im Sozialen Friedensdienst auf und wird von Bürgermeister Jens Böhrnsen geehrt.

VON MATTHIAS SANDER

Bremen. Ulrich Finckh hat den Krieg erlebt, und vielleicht hat er ihn deswegen nicht mehr losgelassen. Finckh wurde 1927 geboren, er gehört zu jenen Jahrgängen, die noch in das Ende des zweiten Weltkrieges hineingezogen wurden. Im Februar 1943 wurde der gebürtige Heilbronner Luftwaffenhelfer, später leistete er Arbeitsdienst im Burgund, wo er zum Teil für die Wehrmacht arbeiten musste. Im Herbst 1944, als 17-Jähriger, wurde er dann selbst Soldat. „Wie verbrecherisch das alles war, das habe ich erst nach dem Krieg vollends gemerkt“, erzählt Finckh. Er studierte evangelische Theologie, wurde Pfarrer und kam nach Bremen. Hier engagierte er sich als Sprecher der bundesweiten Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer sowie als Mitbegründer des Sozialen Friedensdienstes Bremen.

„Kriegsdienstverweigerer wurden aus absurden Gründen nicht anerkannt.“

Ulrich Finckh

Nun zieht Finckh sich nach 41 Jahren aus dem Vorstand des Friedensdienstes zurück – „einfach deshalb, weil ich schlecht höre und nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen kann“, wie Finckh offenherzig sagt. Für sein Engagement wird der 85-Jährige heute von Bürgermeister Jens Böhrnsen im Rathaus mit einem Empfang zwischen 11 und 13 Uhr geehrt.

Finckh kümmerte sich seit 1963 um Kriegsdienstverweigerer. Als Studentenfarrer in Hamburg half er den Antragstellern bei der Formulierung ihrer Briefe. „Ich habe den Leuten gesagt, sie sollen ihre Gründe erst einmal aufschreiben, wie sie das ihrer Oma erzählen würden. Ich habe dann dabei geholfen, die Briefe ins Behörden-Deutsch zu übersetzen“, sagt Finckh. Danach begleitete der junge Pfarrer die Verweigerer als Beistand zu den Verhandlungen der Wehrbereichsverwaltung. „Manchmal musste man lachen, aus welchen absurden Gründen die Kriegsdienstverweigerung nicht anerkannt wurde“, sagt



Ulrich Finckh in seinem Haus in Horn.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Finckh. So sei einem Taxifahrer beschieden worden, beim Autofahren könne er jemanden überfahren – nicht töten zu wollen gelte also nicht als Verweigerungsgrund.

Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre dann wurde das Thema Kriegsdienstverweigerung immer hitziger diskutiert. „Das

Rote Kreuz schickte das Lazarettschiff ‚Helgoland‘ in den Vietnam-Krieg – plötzlich nahm die Zahl der Verweigerer rasch zu“, erzählt Finckh. Zunächst habe die Regierung versucht, die steigende Zahl der Verweigerer zu vertuschen, später wurden sie zunehmend als Drückeberger, „Ohne-Mi-

cher“ und fünfte Kolonne Moskaus bezeichnet. Die sozial-liberale Koalition schließlich kam den Kriegsdienstverweigerern entgegen und verkürzte ihre Dienstzeit. „Zugleich aber wollte die Regierung der Union entgegenkommen und machte den Ersatzdienst militärischer: Es sollte etwa eine ‚Dienststellenunterkunft‘ für Verweigerer geben“, so Finckh.

Was kann man machen, damit die Verweigerer, die schon im Prüfverfahren schlecht behandelt wurden, wenigstens im Dienst vernünftig behandelt werden? Diese Frage, sagt Finckh, sei für sein weiteres Engagement entscheidend gewesen. 1970 wurde Finckh Pastor in Bremen-Horn; vor allem sprach er fortan und bis 2003 für die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“. Zudem gründete der „Papst der Kriegsdienstverweigerer“, wie der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau seinen Schulfreund Finckh einmal nannte, 1971 den Sozialen Friedensdienst mit, der Zivildienstleistende vermittelte. Der Friedensdienst betreute bis zu 150 Zivis in Kindergärten, Schulen und Gemeinden. „Wir hatten eine Beispielfunktion für andere Träger“, sagt Finckh. „Wir haben eine zweiwö-

„Er ist der Papst der Kriegsdienstverweigerer.“

Ex-Bundespräsident Rau über Finckh

chige Dienstvorbereitung eingeführt. Und während des Dienstes haben wir die jungen Leute einmal die Woche mit Pädagogen begleitet.“ Die jungen Zivis habe man nicht allein lassen wollen.

Nach der Wiedervereinigung und der neuen Lage für die Bundeswehr rechnete Finckh mit der Abschaffung der Wehrpflicht, die er auch öffentlich einforderte. Der Soziale Friedensdienst reagierte, indem er den Zivildienst durch Freiwilligendienste ergänzte und eine Freiwilligenagentur gründete, über die zum Beispiel Nachhilfe-Lehrer vermittelt werden. „Auch da waren wir Vorbild“, erzählt Finckh. Die Wehrpflicht wurde schließlich erst vergangenes Jahr abgeschafft – für Finckh eine überraschende Genugtuung, auch wenn er den Schritt für schlecht vorbereitet hält. Trotzdem machen heute mehr als 200 Leute beim Sozialen Friedensdienst einen Freiwilligendienst – darunter auch „Bufdis“ oder Bundesfreiwillige, wie die Nachfolger der Zivis heißen.